

Die EU Agenda und transatlantische Beziehungen nach der deutschen Präsidentschaft

Deutschlands Doppelpräsidentschaft in EU und G8 bot Bundeskanzlerin Merkel die Möglichkeit, regional und global Akzente zu setzen und Deutschlands Stimme Gehör zu verleihen. Zudem war Deutschland in der Position (als Teil der EU), die transatlantischen Beziehungen wiederzubeleben und die Agenda, welche beide Seiten des Atlantiks teilen, voranzutreiben. Hat Bundeskanzlerin Merkel die bestehende Möglichkeit genutzt, die herausgehobene Stellung Deutschlands in Europa zu bestätigen und die EU-USA Beziehungen zu stärken? Wurde die umfassende Agenda, von Kosovo über den Nahen Osten bis zum Klimawandel, erfolgreich bewältigt?

Dr. Stefan Fröhlich, Professor der Internationalen Politik an der Universität Erlangen-Nürnberg, sprach im Woodrow Wilson International Center for Scholars über diese Fragestellungen.

Dr. Samuel Wells, Direktor der Westeuropa-Studien des Wilson Centers, leitete den Vortrag mit einer weiteren Frage ein: Wie wird Europa nach der Doppelpräsidentschaft Deutschlands weiter verfahren? Wie wird sich die Interaktion mit den USA entwickeln?

Dr. Fröhlich sprach zunächst die Ergebnisse der Gipfeltreffen, die unter deutscher Ägide in Deutschland ausgerichtet wurden an. Insbesondere konzentrierte er sich jedoch auf den vergangenen EU-Gipfel. Festzustellen sei, dass eine effektivere „EU-Maschinerie“ geschaffen worden sei. Die deutsche EU-Präsidentschaft habe erreicht, dass die EU durch das Übereinkommen einen Grundlagenvvertrag zu verabschieden

aus der Lähmungszustand entkommen sei. Die Verständigung auf die „Doppelte Mehrheit“ sei ein Erfolg, da dieser Mechanismus helfe, Entscheidungen in einer erweiterten EU zu treffen. Bundeskanzlerin Merkel habe einen sehr großen Beitrag dazu geleistet, dass das Problem gelöst werden konnte. Sie habe angedroht ohne Polen den EU-Gipfel voranzutreiben, worauf sich Polen etwas bewegt habe. Jedoch würden Spannungen zwischen Deutschland und Polen auch in Zukunft bestehen bleiben. Mit Blick auf zukünftige Erweiterungen sei es von besonderer Wichtigkeit, die Spannungen zu überkommen und Polen in Dialoge einzubinden.

Obwohl der Vertrag „Reformvertrag“ genannt worden sei und nicht eine Verfassung darstelle, sei dies besser als gar keine Bewegung. Schließlich einigten sich die EU-Staaten auch auf einen „Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“. Dieser sei im Grunde nichts anderes als ein europäischer Außenminister, seine Aufgaben würden dieselben sein. Der Schritt sei positiv zu bewerten, da nun der außenpolitische Doppelkopf abgeschafft worden sei und die Ressourcen von Solana und dem Hohen Kommissar zusammengelegt würden. Dieser Hohe Repräsentant stelle gleichzeitig den Vizepräsidenten und könne, wenn er sich geschickt anstelle, eine sehr wichtige Position einnehmen. Allerdings sei selbst das zusammengelegte Budget immer noch sehr gering.

Des Weiteren sprach Dr. Fröhlich die Diskussionen über die Grenzen der Integration, unter anderem mit Blick auf den Kosovo und die Türkei an. Hierbei erwähnte er die europäische Nachbarschaftspolitik. Den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

TOBIAS HECHT

Juni 2007

www.kas.de/usa

www.kas.de

Blick Richtung Westen richtend, bewertete er die EU heute als besser für transatlantische Beziehungen gerüstet. Die neue Konstellation in Europa mit Merkel, Sarkozy und Brown würde ein geschlosseneres Handeln und mehr gemeinsame Standpunkte hervorbringen. Zu betonen sei hier auch, dass Europa und die USA zwar in 80% globaler Fragen einer Meinung seien, die restlichen 20% jedoch Streitigkeiten leicht auslösen könnten. In diesem Zusammenhang vermisste Dr. Fröhlich eine klare europäische Position bezüglich des Kosovo und bemerkte, dass der Wille von 90% der dortigen Bevölkerung nicht verwehrt bleiben könne. Dass die EU immer noch keine gemeinsame Position habe, sende die falschen Signale. Eine Lösung des Kosovo-Problems würde die Chancen Belgrads, das eigene Land in die EU zu führen, erheblich erhöhen. Für weitere Länder gebe es momentan aber keine eindeutige Mitgliedsperspektive.

Internationale Fragen, wie bezüglich des Kosovo, des Iran und Moldawiens, machten sichtbar, dass die EU und die USA Russland bräuchten. Die Abhängigkeit von russischem Öl sei aber als problematisch zu werten, insbesondere aufgrund der Öllieferungspolitik Russlands. Russland würde mit den Europäern spielen, nicht zuletzt deshalb sei eine gemeinsame europäische Position in der Energiesicherheit zentral.

Weitere Punkte, welche Dr. Fröhlich ansprach, bezogen sich auf den Nahen Osten. Sanktionen gegen den Iran würden diesen nicht davon abhalten, weitere Fortschritte im Nuklearprogramm zu erzielen. Die EU sollte hier ernsthafter und entschlossener agieren, genauso wie dies in anderen Konflikten dringendst von Nöten sei. So bestünde zwar eine allgemeine Übereinkunft, dass Europa im Irankonflikt so wie bisher fortfahren solle, Unterschiede innerhalb der EU wären aber in Bezug auf die UN-Sanktionen sichtbar. Die EU scheine auch die Position zu vertreten, dem Iran solle mehr angeboten werden, zum Beispiel bezüglich Sicherheitsgarantien. Unilateralismus von amerikanischer Seite wäre kontraproduktiv und würde zu einem weiteren Riss in den transatlantischen Beziehungen führen. Jedoch hätten die USA begonnen einzusehen, dass

das Thema Sicherheit zusammen angegangen werden müsse. Eine viel aktivere Politik seitens der EU sei aber wünschenswert.

Dr. Fröhlich hob hervor, die USA und Europa teilten dieselbe Verwundbarkeit und hätten so viel miteinander gemeinsam, wie mit keinem anderen Land / keiner anderen Region auf der Welt. Er sehe in den USA die Chance für einen Wandel, doch sollten die Europäer dies nicht überbewerten. Wenn sich der Wandel vollziehe, würde es zu keinem großen politischen Handlungsumschwung kommen.